

Stiftung Denkmalschutz will keine öffentlichen Gebäude mehr sanieren

Vorstand ärgert sich über Kritik an Auftragsvergabe

VON STEFAN STRAUSS

Privat gerne, öffentlich nein. Nach diesem Prinzip entscheidet zurzeit die Stiftung Denkmalschutz. Die Stiftung will in Berlin, entgegen ihrer bisherigen Praxis, keine öffentlichen Gebäude mehr sanieren.

Der Stiftungsvorstand hat diese Entscheidung getroffen, nachdem die Antikorruptionsvereinigung Transparency International und die Grünen-Abgeordnete Claudia Hämmerling der Stiftung mehrfach vorgeworfen hatten, nicht transparent zu arbeiten und Einnahmen aus Werbeverträgen nicht offen zu legen. „Wir werden für unser Engagement nur angegriffen“, sagte Vorstandsmitglied Reinhard Müller. „Niemand hat uns bisher die Möglichkeit gegeben, uns gegen diese Vorwürfe zu wehren und zu beweisen, dass sie nicht gerechtfertigt sind.“ Vor allem vom Senat hätte er ein klares Bekenntnis erwartet. Doch das sei bisher nicht gekommen.

Etwa 20 Millionen Euro hat die Stiftung, die von Privatleuten und Sponsoren getragen wird, seit ihrer Gründung im Jahre 1999 in die Sanierung von denkmalgeschützten öffentlichen Gebäuden gesteckt – darunter etwa vier Millionen Euro in die Sanierung des Brandenburger Tores. Für das Land Berlin waren diese Arbeiten gratis. Die Stiftung finanzierte die Restaurierung, indem sie das Tor als große Werbefläche an die Telekom vermarktete und private Spenden einnahm. Dieses Finan-

zierungsprinzip wird zurzeit auch bei der Sanierung des Charlottenburger Tores und des Strandbades Wannsee praktiziert. „Diese Arbeiten bringen wir noch ordentlich zu Ende“, sagte Müller. Als nächstes widmet sich die Stiftung dann der Sanierung des Stadtbades Oderberger Straße in Prenzlauer Berg. Das Bad gehört einer Genossenschaft.

Schon bei der Eröffnung des Brandenburger Tores im Jahre 2002 musste sich die Stiftung gegen Vorwürfe wehren, die Arbeiten am Tor seien absichtlich in die Länge gezogen worden, um höhere Werbeeinnahmen zu erzielen. Und schon damals versicherte Müller, die Stiftung habe kein Geld daran verdient, alle Werbeeinnahmen seien in die Sanierung geflossen. Die Stiftung wird regelmäßig von der Justizverwaltung kontrolliert. Alle sechs Monate werden Unterlagen und Bilanzen kontrolliert, alljährlich erhält die Stiftung ein Testat.

Dennoch sehe Transparency International noch „erheblichen Klärungsbedarf“, sagte deren Mitarbeiter Thomas Maibaum. „Es steht die Frage im Raum, ob der Senat hier etwas nachlässig bei der Kontrolle war.“ Auch bei an-

deren Bauprojekten der Stiftung sei es „nebulös“ zugegangen. Maibaum findet es merkwürdig, wenn immer die gleiche Firma die Aufträge erhalte. Er habe jedoch „nicht Konkretes in der Hand“. Stiftungsvorstand Müller sagte, es habe bei jedem Bauvorhaben Ausschreibungen gegeben. „Wir haben uns nach Markt-Kriterien immer für die Firma entschieden, die zum Beispiel beim Strandbad Wannsee etwa eine Million Euro billiger war als andere Bewerber.“

Als „äußerst fragwürdig“ bezeichnete Claudia Hämmerling die Arbeitsweise der Stiftung. „Ich wüsste gern genau, wie das Geld aus den Werbeeinnahmen ausgegeben wurde“, sagte sie. Es gehe schließlich um landeseigenen Besitz. „Da müssen alle Beteiligten die Chance haben, in die Unterlagen zu gucken.“ Bisher fühle sich der Senat aber nicht zuständig.

Petra Rohland, Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, sagte, es gebe keinen Grund, in die Debatte einzugreifen. „Die Stiftung ist ein von der Landespolitik unabhängiges Gremium.“ Sie sei mit hochkarätigen Leuten besetzt.

Am 7. Juni werden sich die Abgeordneten im Ausschuss für Stadtentwicklung mit dem Thema befassen. Dann wollen sich Transparency International und die Grünen die Unterlagen der Stiftung genauer ansehen. Stiftungsvorstand Müller sagte, dieses Angebot habe es schon immer gegeben. „Doch keiner der Kritiker hat es jemals genutzt.“

„Wir werden für unser Engagement nur angegriffen.“

**R. Müller,
Vorstand**